

"Minarett-Initiative": Ja nimmt zu – Nein unverändert stärker

(Titel) **Initiative für Kriegsmaterial-Exportverbot: Ablehnung zeichnet sich ab**

**MEDIENBERICHT ZUR BEGLEITSTUDIE
"ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2009, 2. WELLE, OKTOBER 2009"
IM AUFTRAG VON SRG SSR IDEE SUISSE**

Projektteam:
Claude Longchamp, Institutsleiter, Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter an den Universitäten St. Gallen und Zürich
Lukas Golder, Politikwissenschaftler, Senior Projektleiter
Stefan Agosti, Politikwissenschaftler, Projektleiter
Stephan Tschöpe, Datenanalytiker/Programmierer
Jonas Kocher, Datenanalytiker/Programmierer



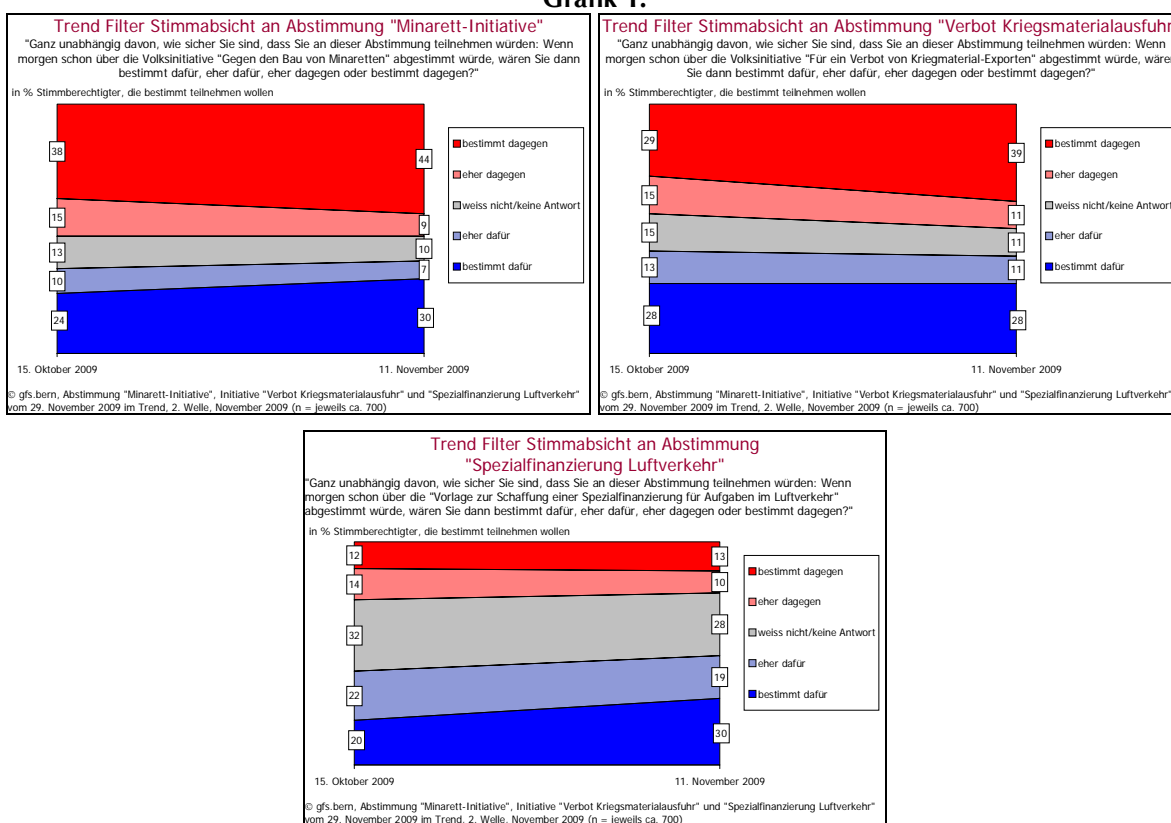
Inhaltsverzeichnis

1. DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	3
2. DER UNTERSUCHUNGSANSATZ	5
3. DIE BEFUNDE	9
3.1. DIE VORLÄUFIGEN TEILNAHMEABSICHTEN.....	9
3.2. DIE INITIATIVE FÜR EIN BAUVERBOT VON MINARETTEN	10
3.2.1. <i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	10
3.2.2. <i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	11
3.2.3. <i>Die Argumentebewertungen</i>	14
3.3. DIE INITIATIVE FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL.....	17
3.3.1. <i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	17
3.3.2. <i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	17
3.3.3. <i>Die Argumentebewertungen</i>	19
3.4. BUNDESBESCHLUSS SCHAFFUNG SPEZIALFINANZIERUNG LUFTVERKEHR.....	22
3.4.1. <i>Die vorläufigen Stimmabsichten</i>	22
3.4.2. <i>Das vorläufige Konfliktmuster</i>	22
4. DIE SYNTHESE	26
ANHANG.....	31

1. Das Wichtigste in Kürze

Wäre Mitte November 2009 über die drei Vorlagen entschieden worden, die am 29. November 2009 in der eidgenössischen Volksabstimmung anstehen, hätten unverändert 53 Prozent bestimmt oder eher gegen die Minarett-Initiative gestimmt, während 37 Prozent (+3 Prozentpunkte gegenüber der 1. Welle) bestimmt oder eher dafür gewesen wären. Beim Verbot von Kriegsmaterialausfuhr wären 50 Prozent bestimmt oder eher dagegen und 39 Prozent mehr oder minder dafür gewesen. Bei der Spezialfinanzierung des Luftverkehrs hätten die Behörden 49 Prozent (+7 Prozentpunkte) hinter und 23 Prozent (-3 Prozentpunkte) gegen sich gehabt. An der Abstimmung teilgenommen hätten 50 Prozent (+6 Prozentpunkte).

Grafik 1:



Das sind die Hauptergebnisse der zweiten Befragungen der SRG SSR idée suisse, erstellt durch das Forschungsinstitut gfs.bern zu den Volksabstimmungen vom 29. November 2009. Befragt wurden hierzu zwischen dem 9. und 14. November 2009 insgesamt 1'213 repräsentativ ausgewählte Personen. Bezogen auf die Gesamtheit der Befragten beträgt der statistische Stichprobenfehler +/- 2.9 Prozentpunkte.

Grafik 2:

Datenbasis

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz
Erhebungsart:	computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
Stichprobenbildung:	sprachregional geschichtete, doppelte Zufallsauswahl (Haushalte, BewohnerInnen)
Befragungsdauer:	09. bis 14. November 2009, Mean-Day: 11.11.2009
Stichprobengrösse:	N = 1'213 (Total), n = 888 (Teilnahmewillige)
Stichprobenfehler:	+/- 2.9 Prozentpunkte bei 50/50 (N= 1213) +/- 3.4 Prozentpunkte bei 50/50 (n= 888) (beide bei 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit)
Verwendbarkeit:	exklusiv für SRG SSR idée suisse, Sperrfrist: 18. November 2009, 17h

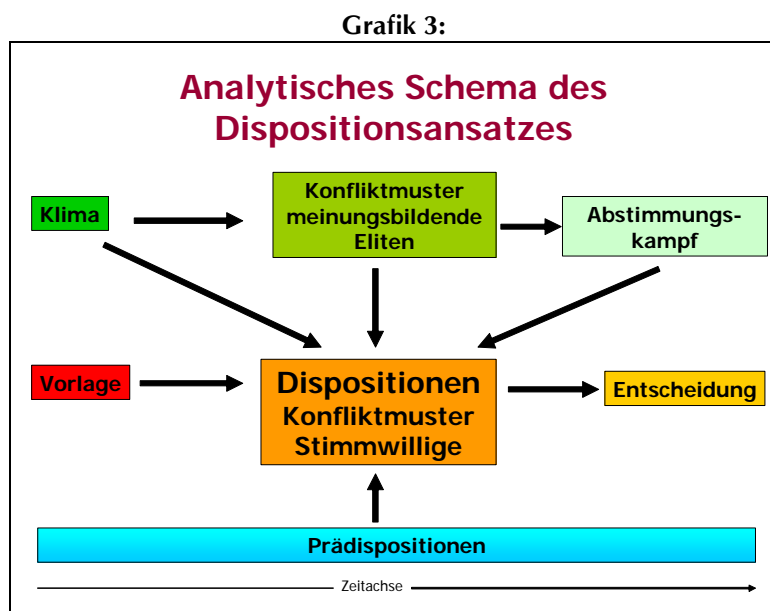
Zitiervorschlag: Repräsentativ-Befragung von 1'213 stimmberechtigten Bürger- und Bürgerinnen aus der ganzen Schweiz. Durchgeführt zwischen dem 9. und 14. November 2009 für die SRG SSR idée suisse-Medien durch das Forschungsinstitut gfs.bern. Der mittlere Befragungstag war der 11. November 2009.

2. Der Untersuchungsansatz

Untersucht werden in der Befragungsreihe SRG-Trend die drei Abstimmungsgegenstände vom 29. November 2009:

- die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten,
- die Volksinitiative für ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial und
- der Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für den Luftverkehr.

Der hierzu verwendete Untersuchungsansatz folgt dem erprobten Vorgehen des Forschungsinstituts gfs.bern für Vorbefragungen zu Volksabstimmungen. Er basiert auf dem Dispositionsansatz. Dieser geht von der These aus, dass Entscheidungen, wie sie bei Volksabstimmungen zustande kommen, weder kollektiv noch individuell ein für alle Mal feststehen. Vielmehr entwickeln sie sich aus den Erfahrungen der BürgerInnen mit dem Thema und der Diskussion zur Vorlage heraus:



- Auf der Makroebene sind der Positionsbezug der meinungsbildenden Eliten (Regierung, Parlament, Medien), das Meinungsklima, in welchem die Entscheidung stattfindet sowie die Ausgestaltung des Abstimmungskampfs von Belang.
- Auf der Mikroebene geht es um die Verarbeitung von Informationen, die vor dem Hintergrund von Alltagserfahrungen mit den Abstimmungsthemen geschieht.
- Daraus entstehen individuell Stimm- wie Teilnahmeabsichten, von uns als Dispositionen bezeichnet, die sich im Verlaufe des Meinungsbildungsprozesses zu verbindlichen Entscheidungen in der Sache und bezüglich der Beteiligung an der Entscheidung verdichten. Von allen Individuen, die sich berechtigterweise beteiligen können, entsteht so bis zum Abstimmungstag der kollektiv verbindliche Entscheid.

Den vorläufigen Stand dieser Meinungsbildung bestimmen wir diesmal aufgrund einer Repräsentativ-Befragung, die wir bei insgesamt 1'213 stimmberechtigten Personen in der ganzen Schweiz durchgeführt haben. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 9.

und 14. November 2009 für die SRG SSR idée suisse-Medien durch das Forschungsinstitut gfs.bern. Der mittlere Befragungstag war der 11. November 2009. Verglichen werden die Daten mit der ersten Erhebung bei 1'207 repräsentative ausgewählten BürgerInnen, die zwischen dem 13. und 17. Oktober 2009 befragt wurden.

Erhoben wurden nur Daten bei stimmberechtigten SchweizerInnen, die im Inland wohnhaft sind. Wir interviewten insgesamt 888 Personen, die an der Volksabstimmung bestimmt teilnehmen wollen respektive 325, die das nicht tun wollen. Wir haben bewusst mehr beteiligungsbereite Personen befragt, weil sie für die Bestimmung der Stimmenverhältnisse massgeblich sind, während die anderen nur zur Kontrolle der Mobilisierungsbereitschaft dienen.

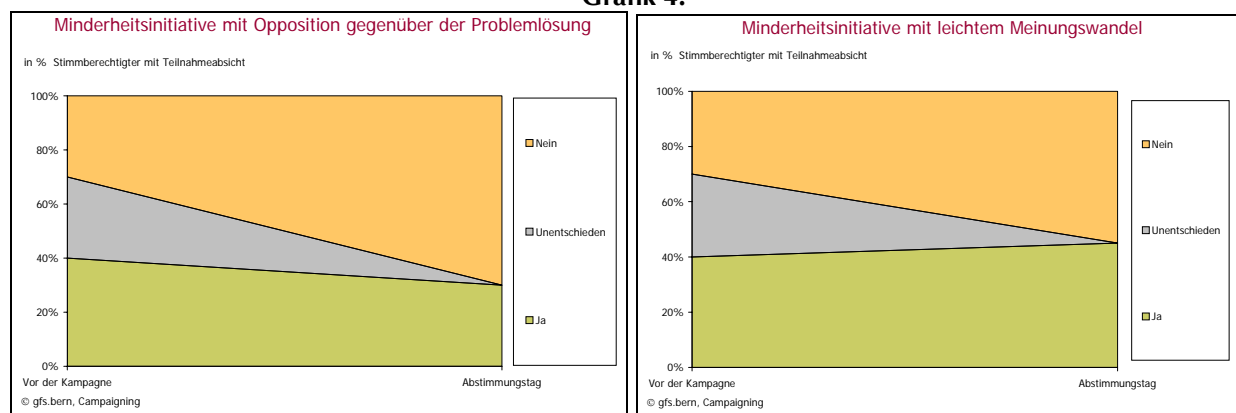
Die Befragung wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) realisiert. Es wurden drei gleich strukturierte Erhebungen in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz durchgeführt. In der Ausgangslage wurden die beiden kleineren Sprachgruppen überrepräsentiert befragt, um bessere sprachregionale Analysen vornehmen zu können. Für gesamtschweizerische Aussagen wurde diese Verteilung wieder zurückgewichtet.

Alle so ermittelten Ergebnisse verstehen sich nicht als Prognosen, sondern als Momentaufnahmen der Prozesse der Meinungsbildung. Eine Prognose kann höchstens dann vorgenommen werden, wenn nicht nur richtungsmässige Tendenzen, sondern auch zeitliche Trends in den bekundeten Entscheidungen gesichert vorliegen. Denn nur dann kann man entscheiden, ob die Verhältnisse stabil sind oder – was viel häufiger ist – die Meinungsbildung dynamisch verläuft. Alleine aufgrund von Einmalbefragungen ist dies nicht möglich; es braucht mindestens zwei vergleichbare Erhebungen.

Der Verlauf der Meinungsbildung kann indessen auch aufgrund der Erfahrungen, die wir in den letzten zehn Jahren mit Befragungen zu Volksabstimmungen für die SRG gesammelt haben, hypothetisch formuliert werden. Eigentliche punktgenaue Prognosen sind damit jedoch nicht leistbar.

Dabei muss man zuerst zwischen Meinungsbildungsprozessen zu Volksinitiativen resp. zu Behördenvorlagen unterscheiden.

Grafik 4:

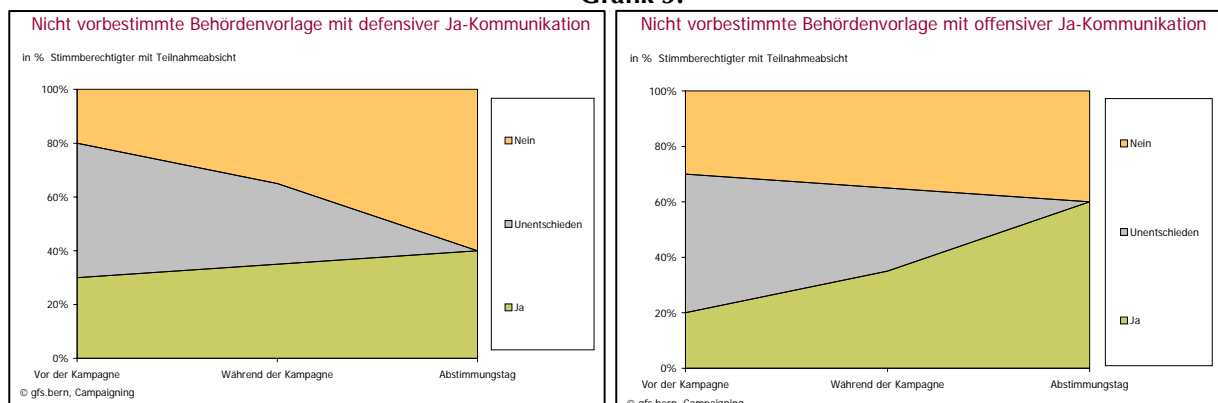


Bei Volksinitiativen kann man immer wieder eine zentrale Entwicklung der Meinungsbildung beobachten: Sie geht im Regelfall vom tendenziellen Ja ins tendenzielle Nein. Das hat vor allem mit der Verlagerung der Perspektive während des Abstimmungskampfes zu tun. In der Frühphase beschäftigen sich die BürgerInnen vor allem mit dem Thema und

seiner Problematik, wie sie diese aus ihrer Alltagserfahrung kennen. Während des Abstimmungskampfes verlagert sich die Betrachtung auf den Inhalt der Vorlage und die Frage, ob diese eine adäquate Lösung für das wahrgenommene Problem darstellt. Dabei kommt es häufig vor, dass man bei der Problembenennung den Initianten folgt, ihren Standpunkt aber bezüglich der Problemlösung nicht teilt. In diesem Fall äussert man sich bei frühen Vorbefragungen eher positiv zum Anliegen, bei späteren Erhebungen aber negativer zum Inhalt. Das drückt sich in einer Zunahme der ablehnenden Stimmabsichten zu Lasten der Unentschiedenen aus. Hinzu kommt häufig, dass auch ein Teil der anfänglichen BefürworterInnen zu GegnerInnen werden. Je nachdem, wie hoch die Zustimmungsbereitschaft am Anfang ist, sprechen wir von potenziellen Mehrheitsinitiativen, die angenommen oder abgelehnt werden können, respektive von Minderheitsinitiativen, die in der Regel in Volksabstimmungen verworfen werden.

Allerdings ist auch die umgekehrte Entwicklung bekannt, wenn sie auch bei Volksinitiativen deutlich weniger wahrscheinlich ist. Demnach nimmt während des Abstimmungskampfes nicht nur die Ablehnung zu, sondern auch die Zustimmung. Dieser Fall tritt vor allem dann auf, wenn es der Problemdruck sehr hoch und bisher verdrängt wurde. Dabei prallen die sonst wirksamen Argumente der Nein-Seite bei den Menschen weitgehend ab, die zwar nicht unbedingt für das Anliegen der Initiative im engeren Sinne sind, die Abstimmung aber als Ventil verstehen, um den Unmut mit den generelleren Problemen ausdrücken zu können. Unter dieser Bedingung ist es wahrscheinlich, dass die ursprünglichen Ja-Stimmenden bestehen bleiben respektive dass sie sich unter den Unschlüssigen verstärken können.

Grafik 5:



Bei Behördenvorlagen spielt der Effekt der vorbestimmten Meinungsbildung nur dann, wenn Gesetzesänderungen ein breites Bevölkerungsanliegen aufgreifen. In diesem Fall sind die Kampagnen im Wesentlichen dazu da, in der Bevölkerung vorhandene Prädispositionen aufzugreifen und zu verstärken, marginal auch meinungsaufbauend zu wirken. Mit klaren Prädispositionen ist dann zu rechnen, wenn der Abstimmungsgegenstand selbstredend, eindeutig und die Konsequenzen der Entscheidung klar sind. Je häufiger man darüber bereits abgestimmt hat respektive je mehr ein Bezug der Vorlage zum Alltag der Bürgerschaft besteht, umso eher ist dies erfahrungsgemäss auch gegeben.

Die Hypothesen lauten:

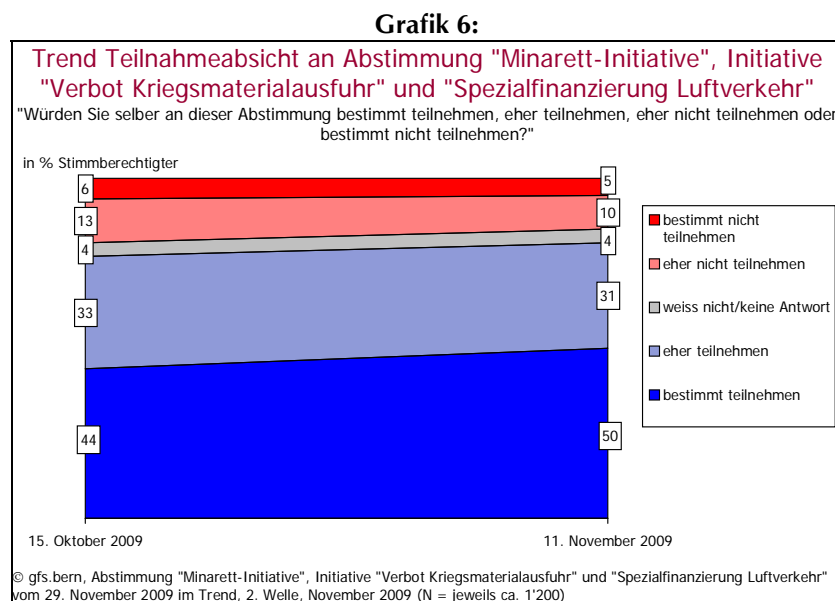
- *Luftverkehr:* Das Luftverkehrsabkommen ist nicht prädisponiert, denn das Thema ist zu wenig im Bürgeralltag verbunden und die Vorlage wurde bisher gar nicht diskutiert. Prognosen zum Abstimmungsausgang sind nicht möglich, denn sie hängen einzig vom Verlauf der Kampagne ab.

- *Kriegsmaterialausfuhr*: Die Meinungen zur Volksinitiative ist prädisponiert, denn das Abstimmungsthema ist nicht neu und die Trägerschaft hat ein klar linkes Profil. Das Anliegen war bisher nicht mehrheitsfähig, sodass auch diesmal vorerst mit diesem Ausgang gerechnet werden kann.
- *Bauverbot für Minarette*: Die Meinungen zur Volksinitiative sind prädisponiert und durch den einsetzenden Abstimmungskampf auch schon einigermaßen gefestigt worden. Zudem mobilisiert die Trägerschaft ein klar rechtes, religiös-konservatives Profil. Das Thema selber ist aber neu und in der Öffentlichkeit bisher wenig diskutiert. Es gibt keine direkte Vergleichsabstimmung, sodass der Ausgang vorerst recht offen erscheint.

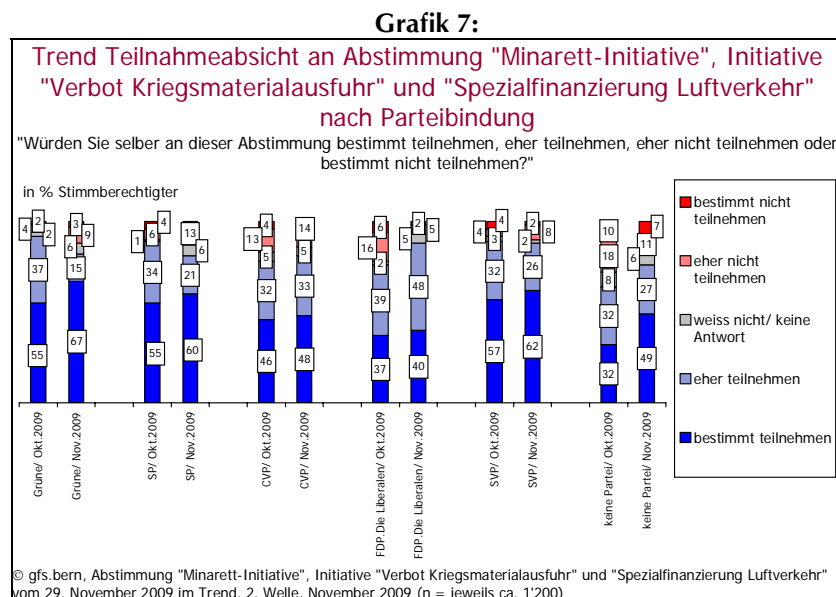
3. Die Befunde

3.1. Die vorläufigen Teilnahmeabsichten

Wäre bereits Mitte November 2009 über die Vorlagen entschieden worden, die am 29. November 2009 zur Abstimmung kommen, hätten sich 50 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt an den Entscheidungen beteiligt. Gegenüber der ersten Erhebung bedeutet dies eine Zunahme von sechs Prozentpunkten. Die denkbare Teilnehmerate liegt damit zwischenzeitlich über dem Durchschnitt, der bei circa 45 Prozent ist.



Gut motiviert sind dabei vor allem die AnhängerInnen der Grünen, der SVP und der SP, gefolgt von den Parteungebundenen, den SympathisantInnen der CVP und der FDP.



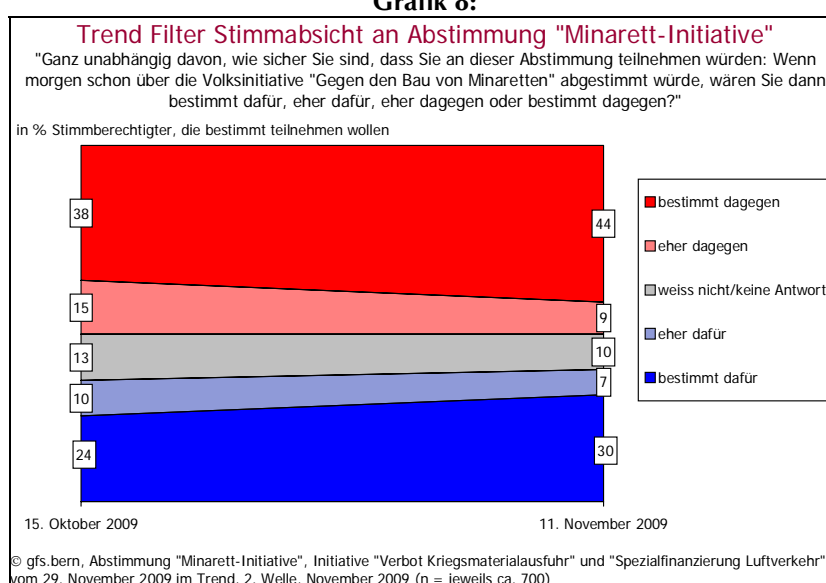
Klar zugenommen hat seit der ersten Befragung die Mobilisierungsbereitschaft der Partei-ungebundenen und der Grünen. Bei allen anderen Gruppen sind die Veränderungen un-terdurchschnittlich.

3.2. Die Initiative für ein Bauverbot von Minaretten

3.2.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Wäre Mitte November über die Minarett-Initiative abgestimmt worden, wären 37 Prozent bestimmt oder eher dafür gewesen. 53 Prozent hätten bestimmt oder eher gegen sie vo-tiert. Zehn Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten hätten noch keine Stimmabsicht gehabt.

Grafik 8:



74 Prozent (+ 12 Prozentpunkte) haben eine feste, weitere 16 Prozent (- 9 Prozentpunkte) zeigen eine gerichtete Stimmabsicht. Die Meinungsbildung ist damit dezidierter geworden, aber noch nicht abgeschlossen.

Achtet man sich auf die Tendenzen, liegt die Nein-Seite unverändert im Vorteil. Doch die Ja-Seite konnte in der Zeit des Abstimmungskampfes etwas vom Rückstand aufholen. Un-verändert wollen aber mehr Menschen die Minarett-Initiative ablehnen als annehmen.

Vergleicht man diesen Trend mit der Meinungsbildung bei Volksinitiative, entspricht er nicht dem Normalfall. Demnach müssten das Nein zu- und das Ja abnehmen. Im aktuellen Beispiel ist die Ablehnung konstant, während die Zustimmung (leicht) steigt.

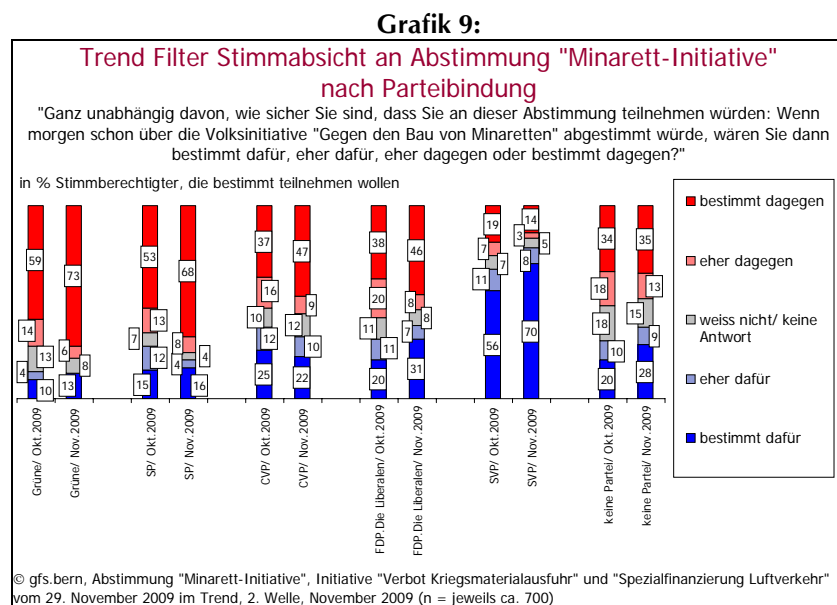
Das spricht dafür, dass nicht der übliche Mechanismus der Meinungsbildung wirkt. Diese besteht darin, dass die Problematik, die mit einer Initiative aufgegriffen wird, bekannt und in der Öffentlichkeit schon verhandelt worden ist. Entsprechend haben sich bereits vorläu-fige Meinungen gebildet. Im Abstimmungskampf selber setzen vor allem die Einwände ein, die von den Konsequenzen einer Entscheidung handeln, was die Opposition anstei-gen, bisweilen auch die Befürwortung sinken lässt.

Bei der Minarett-Initiative scheint das nicht der Fall zu sein. Das hat damit zu tun, dass die Thematik im Konkreten, aber auch die Problematik in ihrer ganzen Komplexität noch kaum öffentlich verhandelt worden ist. Das Verhältnis von Christentum und Islam ist in der Schweiz noch wenig diskutiert worden. Zudem fällt die Problematisierung, wie sie momentan stattfinden, in eine Zeit belasteter Beziehungen zum Ausland, insbesondere zu Libyen. Damit kommt dem Abstimmungskampf vor allem die Funktion zu, in einer Zeit erhöhter Schwierigkeiten die generelle Problematik zu verhandeln, was es der fordernden Ja-Seite vergleichsweise erleichtert, sich Gehör zu verschaffen, während die üblichen Mechanismen der Nein-Seite nur beschränkt wirken.

Konkrete Aussagen zum Ständemehr sind angesichts der Fallzahlen nicht auszumachen. Das Ständemehr ist aber nötig, damit eine Initiative angenommen wird.

3.2.2. Das vorläufige Konfliktmuster

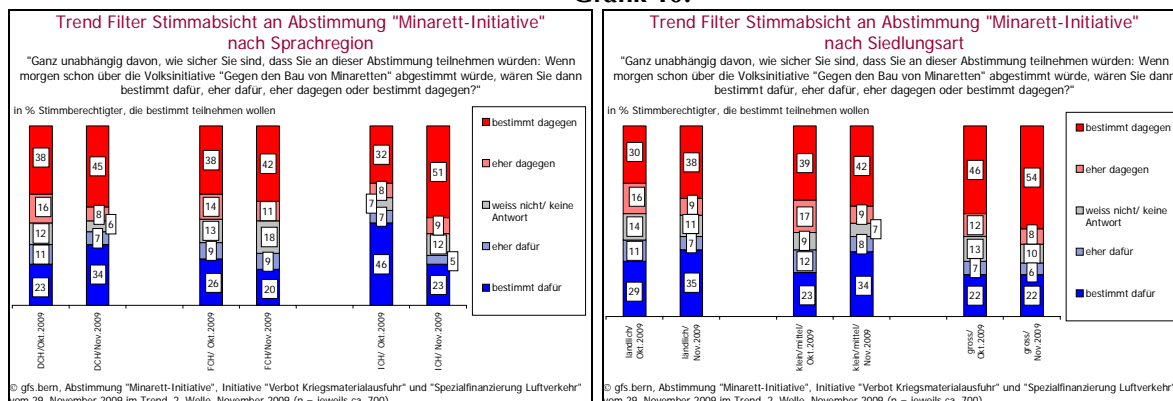
Beim Konfliktmuster sticht wie schon in der ersten Welle die klare Polarisierung entlang der Parteigrenzen hervor: Die Wählenden der SVP sind klar für die Initiative. Sie stehen damit aber ebenso unverändert alleine da. Der Trend geht aber bei FDP und Ungebundenen in Richtung vermehrter Zustimmung und verringerter Ablehnung.



Am klarsten gegen die Initiative ist die grüne Wählerschaft. 79 Prozent (+ 6 Prozentpunkte) wollen die Vorlage bestimmt oder eher ablehnen. Bei der SP-Wählerschaft liegt der Wert bei 76 Prozent (+10 Prozentpunkte). Mehrheitlich im Nein ist auch die CVP-Basis; 56 Prozent sind hier gegen die Minarett-Initiative (+3 Prozentpunkte). An der Basis dieser drei Parteien nimmt zudem die Zustimmungsbereitschaft ab oder bleibt sie maximal stabil.

Anders verläuft der Trend bei SVP, FDP und parteipolitischen Ungebundenen: In allen drei Gruppen nimmt die Zustimmungstendenz zu, während sich die Ablehnungsabsichten verringern. Bei der FDP ist das nicht ausgeprägt und es überwiegt hier auch die Nein-Tendenz, die noch mehrheitlich ist. Bei den Parteungebundenen trifft dies nicht mehr gesichert zu. Nur noch 48 Prozent wollen hier Nein sagen (- 4 Prozentpunkte), während 37 Prozent dem Begehren zustimmen wollen. Bei der SVP schliesslich sind 78 Prozent für die Minarett-Initiative, während sie 17 Prozent ablehnen.

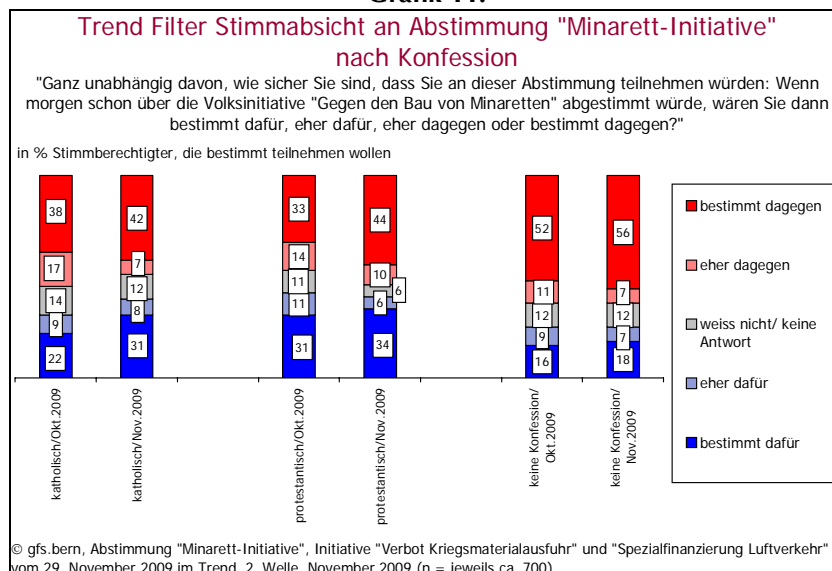
Grafik 10:



Räumlich gesprochen nimmt das Ja in der deutschsprachigen Schweiz zu. Aktuell sind da 41 Prozent für die Initiative, 53 Prozent dagegen. Nur 6 Prozent haben gar keine Stimmabsicht. In der französischen und italienischen Schweiz bewegt sich die Meinungsbildung aber eher Richtung Nein und es sind noch mehr unschlussig als in der deutschsprachigen Schweiz.

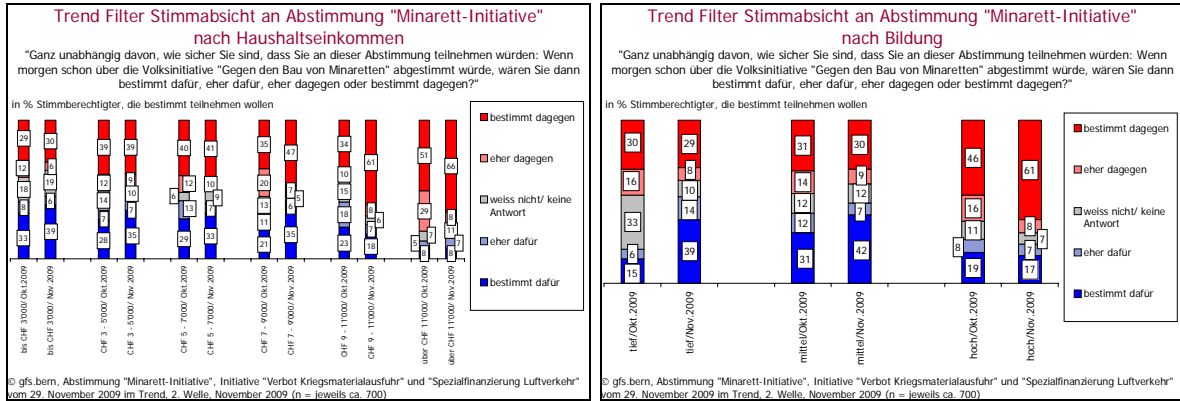
Parallel dazu verstärkt sich die Ablehnung in den grossen Agglomerationen: 62 Prozent stehen hier auf der gegnerischen Seite, 28 auf der befürwortenden und ein Zehntel ist noch unschlussig. Auf dem Land überwiegt das Nein nur relativ, sind doch 47 Prozent dagegen, 42 Prozent dafür und elf von hundert haben sich noch nicht entschieden; ein eigentlicher Trend ist hier nicht auszumachen. In den mittleren und kleineren Agglomerationen halten sich die beiden Lager fast die Waage. 51 Prozent neigen zum Nein, 42 Prozent zum Ja, Trend steigend.

Grafik 11:



Nach Konfessionen sind alle unterscheidbaren Gruppen dagegen. Das Ausmass variiert aber unverändert. Am deutlichsten dagegen sind konfessionslose Menschen. Sie wollen zu 63 Prozent bestimmt oder eher gegen die Minarett-Initiative votieren. Bei den Reformierten sind 54 Prozent bestimmt oder eher dagegen und bei den KatholikInnen liegt der Wert momentan bei 49 Prozent. Bei den Reformierten nimmt die Ablehnung eher zu, während sie sich bei den KatholikInnen eher verringert.

Grafik 12:

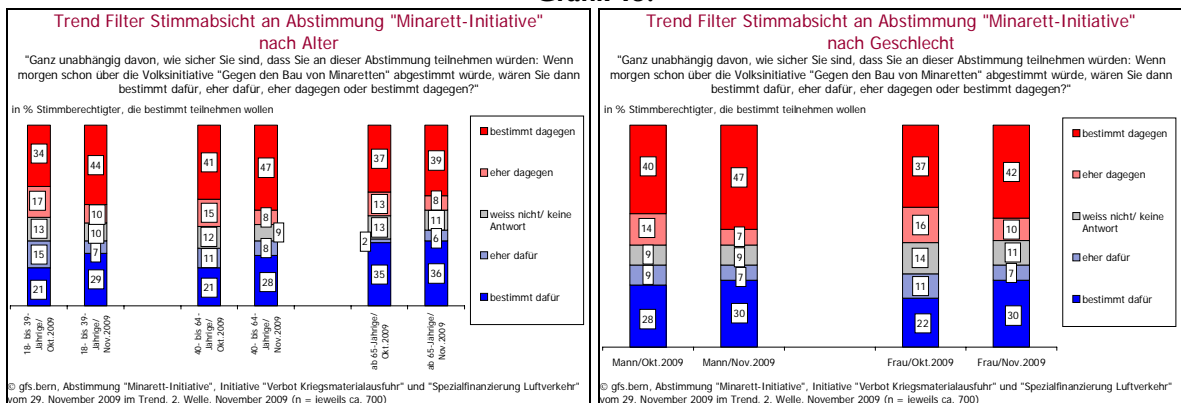


Beschränkte Einflüsse auf die vorläufigen Stimmabsichten finden sich, genauso wie in der ersten Befragung, entlang der sozialen Schichten. So gilt: Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto stärker fällt die Ablehnung der Initiative aus. Und je höher der Schulabschluss ist, desto stärker ist man gegen die Minarett-Initiative.

Vor allem in den unteren Bildungsschichten hat ein erheblicher Meinungswandel stattgefunden, ist doch die Zustimmungsbereitschaft von 21 auf 53 Prozent angewachsen, während die Tendenz zum Nein sich von 46 auf 37 Prozent verringert hat.

Dagegen sind Unterscheidungen nach Alter oder Geschlecht statistisch gesehen nicht signifikant, kümmert man sich um die Stimmabsichten zur Minarett-Initiative. Letzteres entspricht nicht dem Auftritt der Initianten, die regelmässig versucht sind, Frauen für ihr Anliegen zu gewinnen.

Grafik 13:

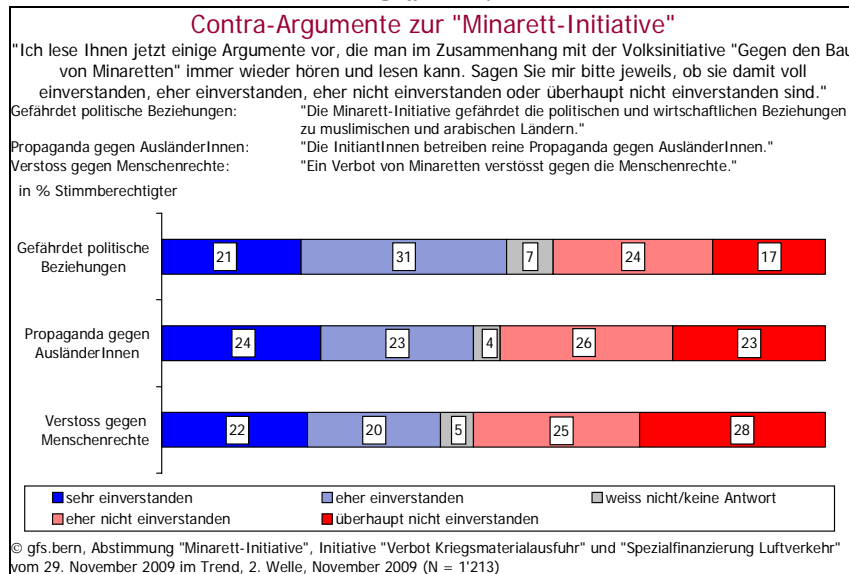


Das Konfliktmuster, wie es sich aufgrund der schon recht weit fortgeschrittenen Meinungsbildung unter den Stimmberechtigten respektive Stimmenden abzeichnet, ist typisch für eine Polarisierung zwischen Links und Rechts, beschränkt auch für Moderne und Tradition. Entscheidend ist bei entsprechender Polarisierung, wohin die Ungebundenen gehen und wie die politische Mitte votiert. Unsere Abklärungen zeigen, dass gerade die Ungebundenen stark mobilisiert worden sind und der Trend Richtung Ja weist, wenn auch die Ablehnung die Zustimmung noch überwiegt, dass gleiches bei der FDP gilt, während sich die Meinungsbildung bei der CVP in die umgekehrte Richtung entwickelt. Parteiungebundene einerseits und FDP andererseits sind demnach für die InitiantInnen die interessanten Zielgruppen, denn sie sind für den Ausgang entscheidend.

3.2.3. Die Argumentenbewertungen

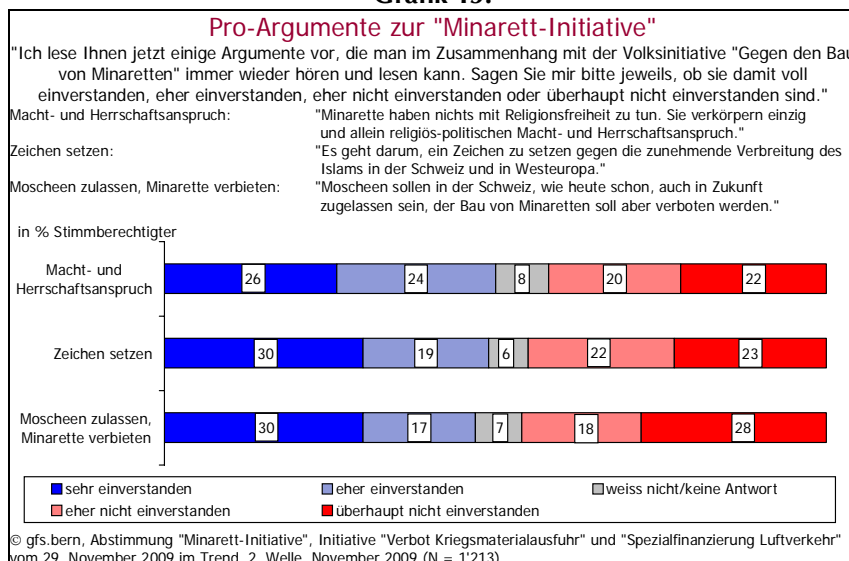
Argumentativ ist die Ablehnung der Minarett-Initiative weniger klar als bei den Stimmab-sichten. Beide Seiten verfügen über mehrheitsfähige Botschaften, ohne dass eines davon wirklich herausstechen würde.

Grafik 14:



Unveränderte 52 Prozent der Stimmberechtigten sind bestimmt oder eher der Meinung, mit der Initiative gefährde man die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu muslimischen respektive arabischen Ländern. 47 Prozent sehen in der Kampagne der BefürworterInnen mehr oder weniger klar Propaganda gegen AusländerInnen; 49 Prozent widersprechend dem. 42 Prozent sind es schliesslich, die ein generelles Bauverbot von Minarett als Verstoss gegen die Menschenrechte interpretieren: Hier sind 53 Prozent genteiliger Auffassung.

Grafik 15:



Der Macht- und Herrschaftsanspruch des Islams, der sich im Minarett zeigt, ist zum akzeptiertesten Argument der Initianten geworden. 50 Prozent sind ganz oder teilweise einverstanden damit. 49 Prozent folgen ihnen, wenn sie sagen, man müsse ein Zeichen setzen

gegen die wachsende Verbreitung des Islams. 47 Prozent finden, man müsse Moscheen zulassen, aber Minarette verbieten; 46 Prozent sind hier gegenteiliger Auffassung.

Tabelle 1:

	Ja-Seite	Nein-Seite
Mehrheitliche Zustimmung	(Macht- und Herrschaftsanspruch)	Gefährdet politische Beziehungen
Minderheitliche Zustimmung	(Zeichen setzen) Moscheen zulassen, Minarette verbieten	Propaganda gegen AusländerInnen Verstoss gegen Menschenrechte

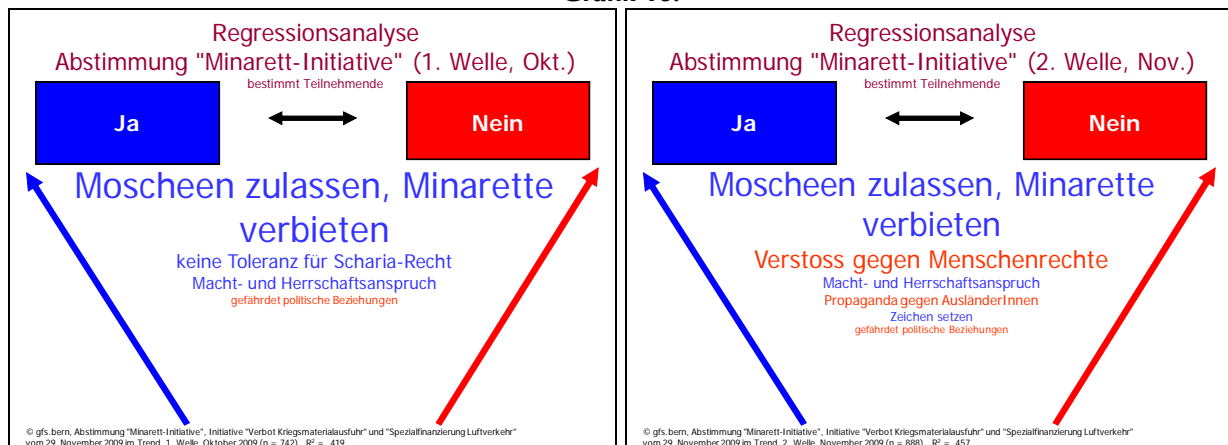
Bemerkung: Angaben in Klammern verweisen darauf, dass die Zuordnung aufgrund der Ergebnisse nicht eindeutig ist. Quelle: gfs.bern, Abstimmung "Minarett-Initiative", Initiative "Verbot Kriegsmaterialausfuhr" und "Spezialfinanzierung Luftverkehr" vom 29. November 2009 im Trend, 2. Welle, November 2009.

Die Zustimmung und die Wirkung von Argumenten sind nicht entscheidend. Denn in der hart polarisierten Situation festigen vor allem die Botschaften die Positionen, die klar gerichtet sind, egal ob sie für sich gesehen eine Mehrheit hinter sich haben oder nicht.

Aktuell bedeutet dies: Zugkräftig auf der Nein-Seite ist es, den Verstoss gegen die Menschenrechte zu beklagen, während auf der Ja-Seite das generelle Verbot von Minaretten am meisten überzeugt.

Alle sechs getesteten Argumente wirken zwischenzeitlich, wobei hinter der genannten Polarität alle etwa gleich geeignet sind, um Zustimmung oder Ablehnung zu erklären. Damit konnte sich die Nein-Seite verbessern, hat sie nun Argumente, welche die Stimmabsichten ihres Lagers stützen.

Grafik 16:



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In der Regression wird die Grösse des Einflusses der Pro- und Contra-Argumente auf die Stimmabsicht der bestimmt Teilnehmenden beschrieben. In der Grafik erscheinen die erklärenden Elemente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Element dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Stimmabsicht. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einem Ja (blau) oder eher zu einem Nein (rot) führt.

Ziemlich geklärt hat sich zwischenzeitlich auch die Meinungsbildung an den Parteibasen. Auch diese Auswertung bestätigt, dass die CVP nun Richtung Nein tendiert, während bei der FDP wie bei den Ungebundenen die Positionierung noch nicht eindeutig erfolgt ist.

Tabelle 2:
Übersicht über die Zustimmung und Ablehnung der Argumente resp. ihre Wirksamkeit nach Parteilagern

Argument	Grüne	SP	CVP	Ungebundene	FDP	SVP
Pro						
Moscheen zulassen, Minarette verbieten	Ablehnung 0.65	Ablehnung 0.22	Ablehnung n.s.	Zustimmung 0.24	Zustimmung 0.53	Zustimmung 0.28
Macht/ Herrschaftsanspruch	Ablehnung n.s.	Ablehnung 0.17	Ablehnung 0.37	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.
Zeichen setzen	Ablehnung n.s.	Ablehnung 0.21	Zustimmung n.s.	Zustimmung 0.17	Zustimmung 0.16	Zustimmung n.s.
Kontra						
Gefährdet politisch/wirtschaftliche Beziehungen	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Zustimmung 0.28	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Ablehnung 0.18
Verstoss gegen Menschenrechte	Zustimmung n.s.	Zustimmung 0.36	Zustimmung n.s.	Ablehnung 0.17	Ablehnung n.s.	Ablehnung 0.25
Propaganda gegen AusländerInnen	Zustimmung 0.19	Zustimmung n.s.	Zustimmung n.s.	Ablehnung 0.20	Ablehnung 0.17	Ablehnung n.s.
Total	(wachsende) Nein-Mehrheit	(wachsende) Nein-Mehrheit	(wachsende) Nein-Mehrheit	(schwindende) Nein-Mehrheit	(schwindende) Nein-Mehrheit	(wachsende) Ja-Mehrheit
Erklärungsgrad	Hoch 0.55	Mittel 0.48	Tief 0.28	Mittel 0.31	Mittel 0.48	Tief 0.18

Lesebeispiel: Die mehrheitlich negativen Stimmabsichten der Grünen können in hohem Masse durch die sechs getesteten Argumente erklärt werden. Sie stimmen allen Contra-Argumenten zu. Für die Erklärung der Stimmabsichten ist aber nur das Propaganda-Argument relevant. Wichtiger noch als das ist es, dass die Grün-Wählenden sich in einem erheblichen Masse über die Pro-Argumente ärgern. Sie lehnen sie alle mehrheitlich ab. Zur Erklärung ihrer Nein-Stimmabsicht trägt das geforderte Verbot von Minaretten (bei Zulassung von Moscheen) bei und mobilisiert die Grünen in Richtung Ablehnung.

Die SVP stimmt allen drei getesteten Ja-Argumenten zu und lehnt alle drei Nein-Botschaften ab. Wirksam sind das Verbot von Moscheen und das Zeichen gegen den Islam. Zudem ist man hier überzeugt, nicht nur Wahlpropaganda zu betreiben und mit einem Ja nicht gegen Grundrechte zu verstossen, wie die GegnerInnen ihnen das unterstellen.

Bei den Grünen ist es umgekehrt. Sie sind überzeugt, dass es kein Verbot von Minaretten braucht, und sie stimmen Nein zur Initiative, weil sie sie für fremdenfeindliche Propaganda halten. Bei der SP wirkt namentlich das Menschenrechtsargument als Nein-Botschaft, und man nervt sich über alle Ja-Argumente, die man selbstredend nicht teilt. Bei der CVP schliesslich sieht man vor allem die Beziehungen der Schweiz zum Ausland gefährdet, sollte das Land zustimmen. Widersprochen wird dem Macht- und Herrschaftsanspruch.

Nicht eindeutig ist die Charakteristik bei FDP und Parteiungebundenen. Man teilt die Ja-Argumente mehrheitlich, hat aber wie die Gegnerschaft Bedenken, wenn es um denkbare Nachteile in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht geht. Ein Minarett-Verbot wird begrüsst, und es wirkt in Richtung Zustimmung. Gleiches gilt auch für das Zeichen gegen den Islam, das man hier setzen möchte. Deshalb empfindet man die Kampagne der Initianten nicht als Propaganda. Immerhin, die Erklärungskraft unserer sechs Argumente ist nur mittel, das heisst, es gibt gerade in diesen zwei Zielgruppen weitere Überlegungen, warum man dafür oder dagegen ist, die wir hier nicht erfasst haben.

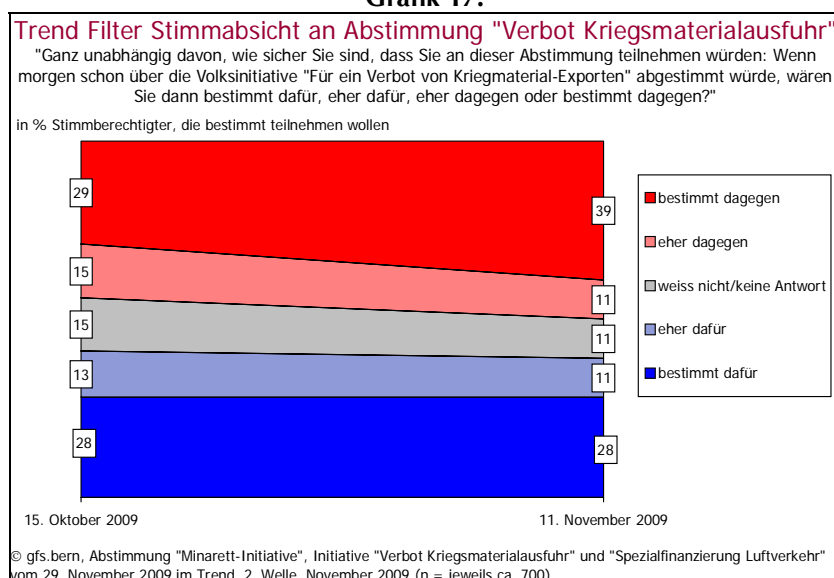
3.3. Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial

3.3.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Würde heute über die Kriegsmaterialausfuhr-Initiative abgestimmt, wären 39 Prozent bestimmt oder eher dafür; 50 Prozent würden bestimmt oder eher dagegen votieren. Elf Prozent der teilnahmewilligen Bürger und Bürgerinnen hätten gar keine Stimmabsicht.

Im Vergleich zur ersten Welle hat damit das Nein zugelegt. Es ist um sieben Prozentpunkte stärker geworden, während die Ja-Seite mit zwei Prozentpunkten weniger leicht verloren hat. Rückläufig ist auch der Anteil Unentschiedener; vor einem Monat lag er bei 15 Prozent.

Grafik 17:



67 Prozent (+ 10 Prozentpunkte) haben eine feste Stimmabsicht, und bei 22 Prozent besteht eine gerichtete Entscheidungstendenz. Die Meinungsbildung ist damit etwas weniger weit fortgeschritten als bei der Minarett-Initiative, welche die Standpunkte stärker polarisiert.

Dafür verläuft der Trend bei der Initiative für ein Kriegsmaterialverbot so, wie man es aus früheren Abstimmungen zu Volksbegehren kennt. Es nimmt die Gegnerschaft zu, und es verringern sich Unschlüssige und Zustimmungswillige.

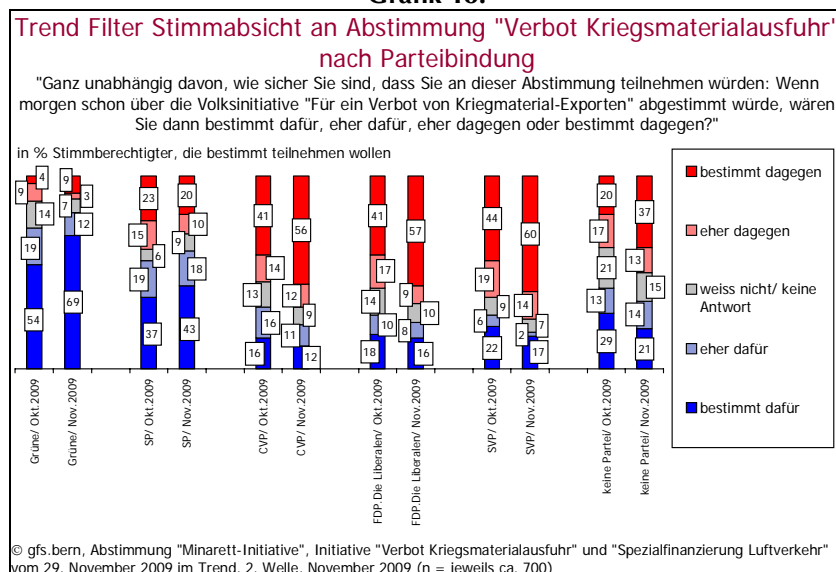
Extrapoliert man den Trend, ist eine Ablehnung der Initiative wahrscheinlich. Das gilt schon für das Volksmehr, womit sich eine Erörterung des Ständemehrs erübrigt.

3.3.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Beim Konfliktmuster ist für eine Initiative von links typisch. Es zeigt Polarisierungen entlang der Parteibindung, der Sprachregionen, der Siedlungsart, des Geschlechts, des Alters und der sozialen Schicht.

Unverändert stechen die Unterschiede zwischen den Parteilagern ins Auge. Links ist die Zustimmung mehrheitlich, rechts minderheitlich. Die Differenzen zwischen den Polen sind mit dem Abstimmungskampf noch grösser geworden. Die Parteiungebundenen gehen dabei mit dem rechten Pol, denn auch bei ihnen nimmt die Ablehnung über die Zeit zu.

Grafik 18:



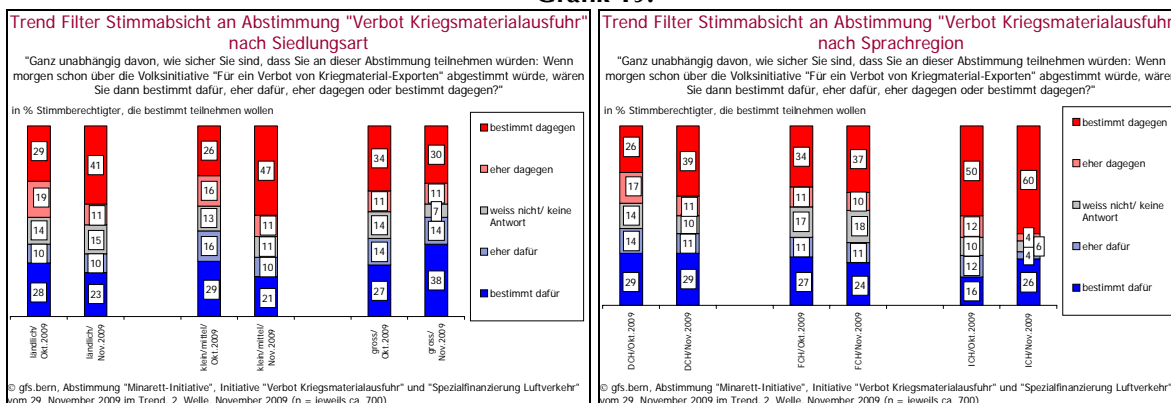
Am deutlichsten gegen die Initiative ist die SVP-Basis. 74 Prozent wollen hier bestimmt oder eher dagegen votieren; das sind elf Prozent mehr als vor Monatsfrist. Es folgen die Wählerschaft der FDP, die zu 66 Prozent mehr oder minder klar auf der Nein-Seite steht, was acht Prozentpunkte mehr sind als Mitte Oktober. Klar ins Nein-Lager gerückt ist zwischenzeitlich auch die CVP-Basis, hat sich doch der Anteil mit ablehnenden Stimmabsichten von 55 auf 68 Prozent erhöht.

Am klarsten für die Initiative sind die Wählenden der Grünen. 81 Prozent wollen hier bestimmt oder eher zustimmen; das sind 8 Prozentpunkte mehr als vor Monatsfrist. An der SP-Basis sind 61 Prozent für die Initiative; 30 Prozent sind dagegen. Die Ja-Seite ist um fünf Prozentpunkte stärker geworden, das Nein hat um acht Zähler abgenommen.

Nicht eindeutig zugeordnet werden können die Parteiungebundenen. Der Trend geht aber ins Nein. 50 Prozent tendieren zum Nein, 35 Prozent sind eher auf der Ja-Seite. Vor allem die Zunahme der Ablehnung ist deutlich und zeigt an, wie der allgemeine Trend in der vorherrschenden Polarisierung verläuft.

Die Stimmabsichten zur Initiative für ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial polarisiert sodann entlang der Siedlungsart. Höher als im Schnitt und im Zeitvergleich wachsend ist die Unterstützung in den grosstädtischen Agglomerationen, während in den kleinen und mittleren Zentren gleich wie auf dem Land die Ablehnung zunimmt und zwischenzeitlich mehrheitlich vorhanden ist.

Grafik 19:

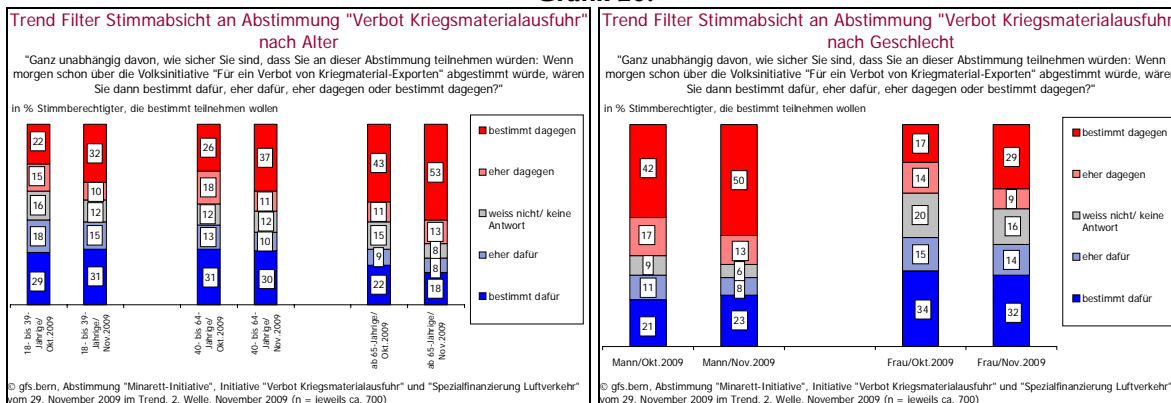


Beschränkte Unterschiede gibt es auch entlang der Sprachregionen. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Ablehnungsmehrheit klar, in der deutschsprachigen Schweiz knapp mehrheitlich. Dies ist in der Romandie nicht der Fall, ist doch nur eine relative Mehrheit gegen die Initiative. In allen drei Landesteilen verläuft der Trend aber eher Richtung Nein.

Signifikant sind schliesslich auch die Stimmabsichten nach Alter und Geschlecht. Je älter die Teilnehmewilligen sind, desto klarer sind sie auf der Nein-Seite; nur bei den 18- bis 39-Jährigen überwiegt die Zustimmungstendenz relativ. Der zeitliche Trend geht aber auch hier mehr oder minder klar in Richtung Ablehnung.

Das gilt letztlich auch bei beiden Geschlechtern; klar auf der Nein-Seite sind indessen nur die Männer, während bei Frauen mehr für als gegen die Initiative stimmen wollen.

Grafik 20:



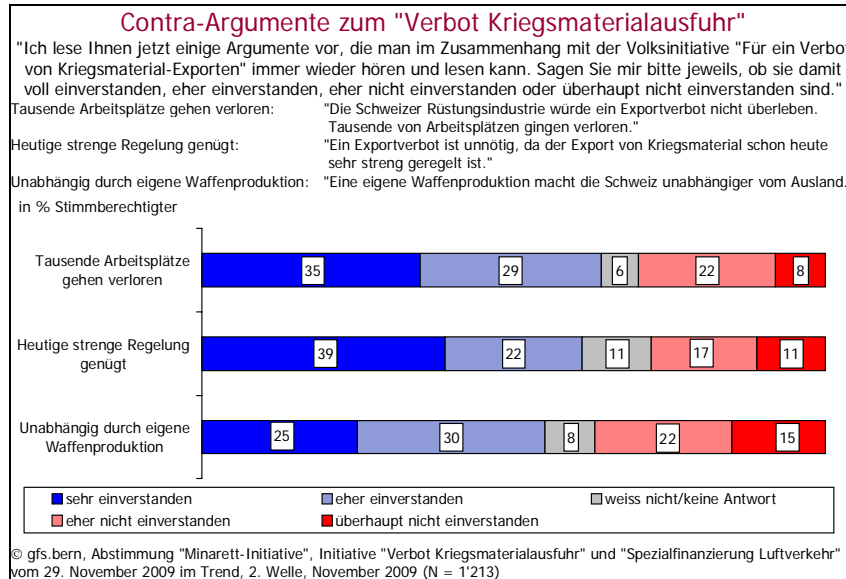
Man kann das so zusammenfassen: Die Polarisierung ist in erster Linie parteipolitisch; CVP und Parteungebundene, die unter diesen Bedingungen entscheidend sind, gehen wie die meisten Bevölkerungsgruppen unter dem Eindruck der Kampagne aber Richtung Ablehnung. Es bleiben die Charakteristiken in den Stimmabsichten, die für eine linke Initiative typisch sind.

3.3.3. Die Argumentebewertungen

Beide Seiten haben mehrheitsfähige Argumente; auf der Nein-Seite ist das aber ausgeprägter. Die Trends in der Argumentebewertung bestätigen das auch; es nimmt namentlich die Unterstützung für Nein-Botschaften zu.

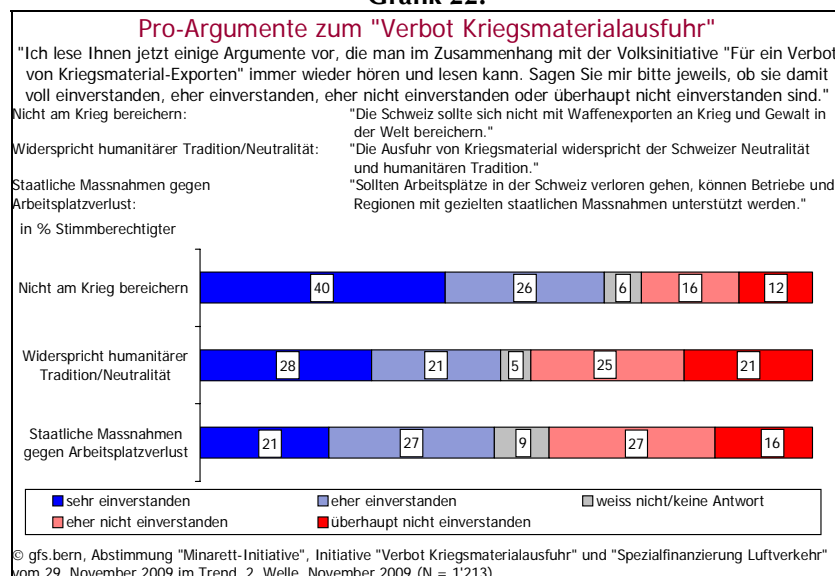
Das populärste Argument auf der Nein-Seite betrifft die Arbeitsplätze. 64 Prozent befürchten mehr oder minder stark, dass mit einem Ja zur Initiative Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen. 61 Prozent halten die heutigen Regelungen für Kriegsmaterialexporte für streng genug. Und 55 Prozent sind der Meinung, mit einer eigenen Waffenproduktion könne die Schweiz ihre Unabhängigkeit besser wahren. Im Schnitt sind das Werte, die um fünf Prozentpunkte höher liegen als vor Monatsfrist.

Grafik 21:



Dieser klaren Tendenz und diesen sichtbaren Trends steht ein moralischer Einwand gegenüber. 66 Prozent sind bestimmt oder eher der Meinung, die Schweiz solle sich nicht am Krieg bereichern. 49 Prozent sind zudem der Auffassung, Waffenexporte widersprechen der humanitären Tradition der neutralen Schweiz. 47 Prozent folgen schliesslich den InitiantInnen, die staatliche Massnahmen für Arbeitsplatzverluste fordern. Im Zeitvergleich hat nur das "Bereicherungs"-Argument leicht zugelegt, während die Unterstützung der beiden anderen Argumente nachlassend ist.

Grafik 22:



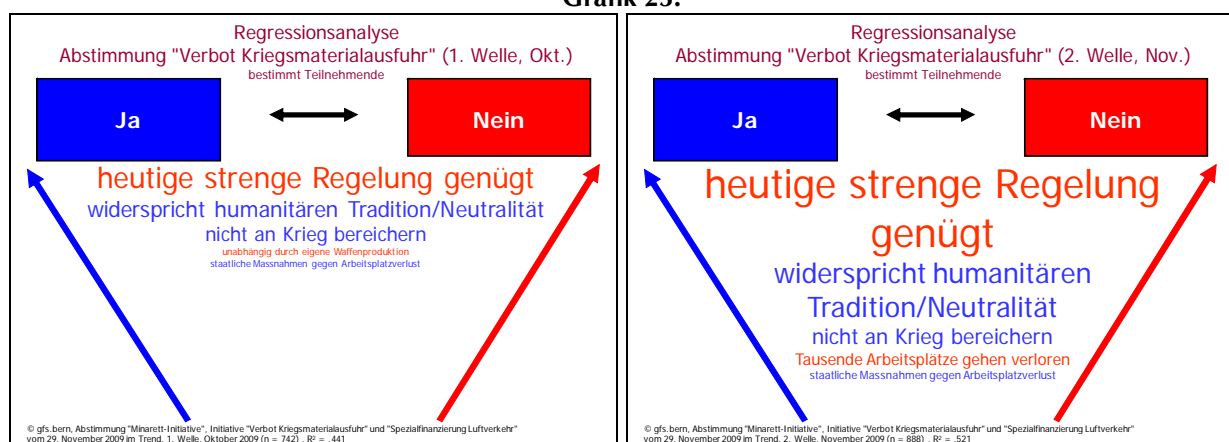
Wägt man alle Botschaften gegeneinander ab, erklärt jene zu den geltenden Regeln am besten, wer wie stimmt. Befürwortet man diese, ist man am ehesten gegen die Initiative,

während man das Volksbegehren am ehesten unterstützt, wenn man die Regelung kritisiert. Damit bleibt die Grenzziehung entscheidend, wo und wann exportiert werden darf, ohne dass es den Initianten wirklich gelungen wäre, das Vertrauen in die Praxis zu erschüttern. Von den Ja-Botschaften kann zudem die Arbeitsplatzfrage beigezogen werden, um die Stimmabsichten zu erklären. Man kann das auch so sagen: Selbst wenn die heutigen Regelungen als ungenügend angesehen werden, gibt es eine Wahrscheinlichkeit für ein Nein aus Arbeitsplatzgründen.

Das Ja kann man mit allen drei getesteten Botschaften erklären. Entscheidend ist aber, dass Waffenexporte der humanitären Tradition der Schweiz widersprechen.

Zeitlich gesehen hat vor allem das Arbeitsplatzargument an Entscheidungskraft gewonnen, während die Unabhängigkeit der Schweiz durch eine eigene Waffenindustrie aus der Liste der relevanten Botschaften verschwunden ist.

Grafik 23:



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In der Regression wird die Grösse des Einflusses der Pro- und Contra-Argumente auf die Stimmabsicht der bestimmt Teilnehmenden beschrieben. In der Grafik erscheinen die erklärenden Elemente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Element dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Stimmabsicht. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einem Ja (blau) oder eher zu einem Nein (rot) führt.

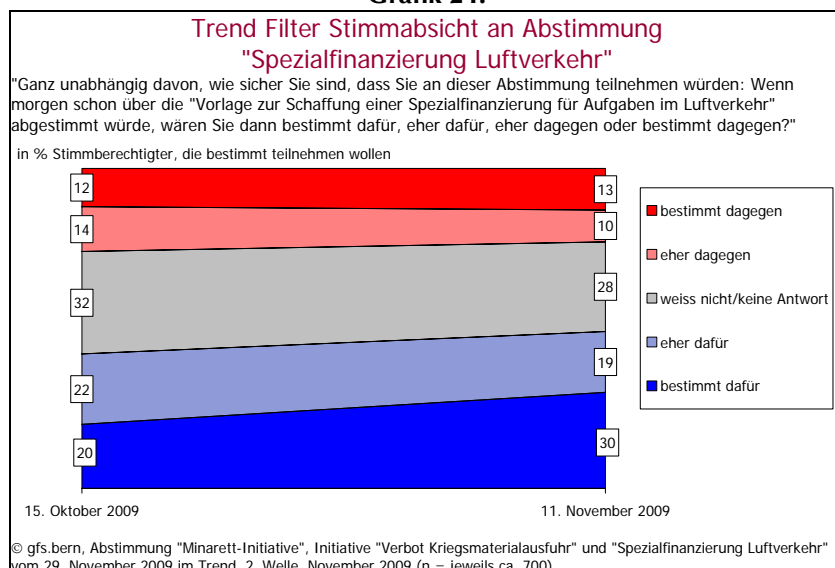
3.4. Bundesbeschluss Schaffung Spezialfinanzierung Luftverkehr

3.4.1. Die vorläufigen Stimmabsichten

Die Meinungsbildung zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs schreitet nur ganz langsam voran. Unter den teilnahmewilligen Stimmberechtigten sind in der November-Befragung nur gerade vier Prozentpunkte mehr Entschiedene als in der Oktober-Befragung. Mit 28 Prozent Unentschiedenen besteht weiterhin ein überdurchschnittlich hohes Mass an Unsicherheit wegen dieser technischen Vorlage. Die Spezialfinanzierung ist damit trotz steigender Beteiligungsbereitschaft eher ein Faktor der Verunsicherung und damit indirekt ein Demobilisierungsfaktor für die Abstimmung vom 29. November 2009.

49 Prozent der BürgerInnen mit Stimmabsicht sind für die Schaffung einer Spezialfinanzierung des Luftverkehrs. Trotz tendenzieller Zunahme der Ja-Seite ist damit das Ja weiterhin knapp nicht mehrheitlich. Die Nein-Seite ist aber klar schwächer vertreten. Praktisch unverändert (- 3 Prozentpunkte) sprechen sich 23 Prozent der Teilnahmewilligen gegen die Vorlage aus.

Grafik 24:



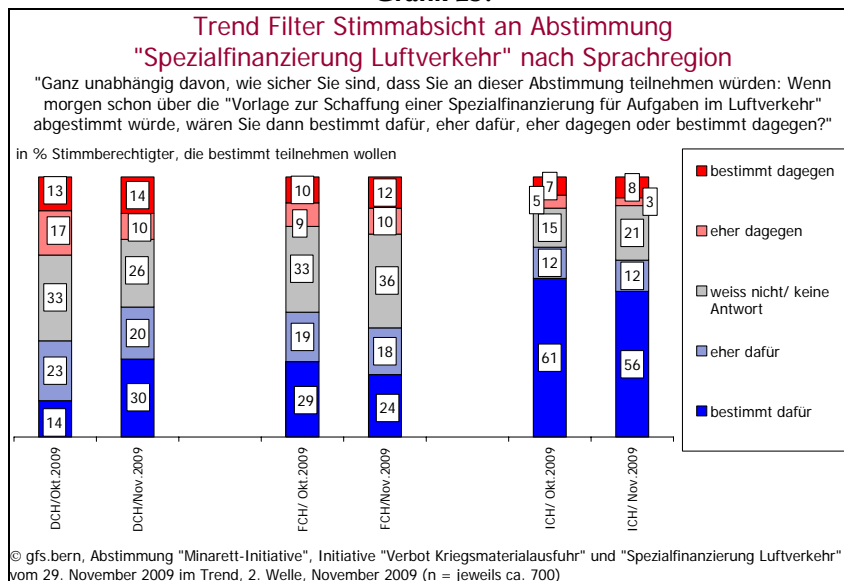
Die Vorlage zur Schaffung einer Zusatzfinanzierung für den Luftverkehr ist für viele noch nicht beurteilbar, obwohl sie teilnehmen wollen. Das Ja ist trotz knapper Mehrheit im deutlichen Vorteil gegenüber dem Nein. Der Kampagnenverlauf bisher hat trotz stärkerer Mobilisierung keinen erkennbaren Nein-Aufbau gebracht.

3.4.2. Das vorläufige Konfliktmuster

Weiterhin zeigen sich klare Unterschiede nach Sprachregion. Der beschriebene leichte Ja-Aufbau für die gesamte Schweiz zeigt sich nur in der deutschsprachigen Schweiz. In den beiden anderen Sprachregionen baut sich das Ja bei den Stimmabsichten eher leicht ab. Besonders in der französischsprachigen Schweiz hat sich die Unentschiedenheit eher noch verstärkt. Es bleibt aber auch hier bei einem deutlichen Vorsprung der Ja-Seite. In der italienischsprachigen Schweiz will nach wie vor eine deutliche Mehrheit zustimmen. Die Meinungsbildung in der lateinischen Schweiz schreitet aber kaum voran. Damit besteht

vor allem in diesen Regionen ein hohes Mass an Unvorhersehbarkeit, wenn viele Teilnehmewillige sich mit wenigen Informationen zur konkreten Vorlage erst ganz am Schluss entscheiden werden.

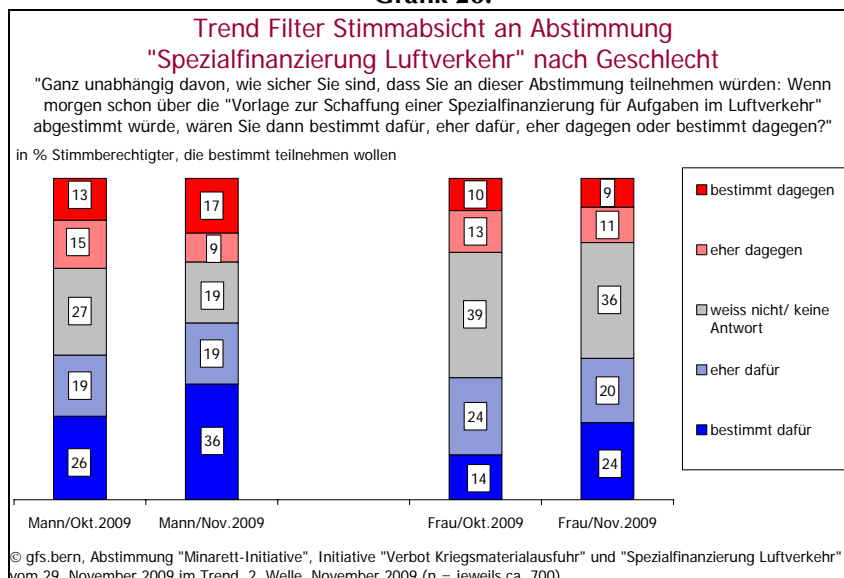
Grafik 25:



In den ländlichen Regionen hat sich ähnlich wie in der deutschsprachigen Schweiz das Ja klar aufgebaut. Die Unterschiede sind nicht mehr signifikant. Ein sprachlicher Konflikt ist demnach wahrscheinlicher als ein regionaler.

Unverändert spricht die Vorlage spontan eher Männer an. Trotzdem baut sich das Ja bei beiden Geschlechtern etwas auf. Zum Schluss könnte sich der Gender-Graben demnach reduzieren.

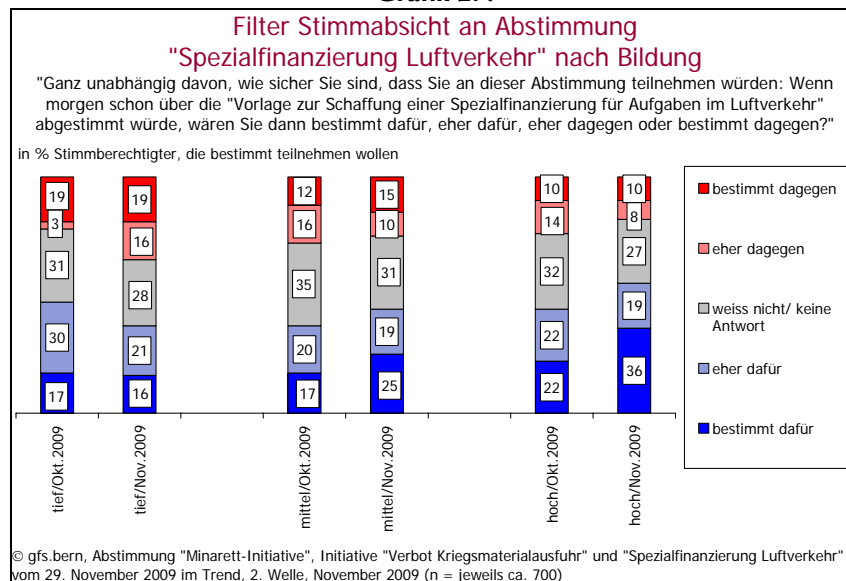
Grafik 26:



Das Konfliktmuster nach Bildung hat sich eher noch etwas verschärft. Besonders Personen mit höheren Bildungsabschlüssen würden mittlerweile in ihrer deutlichen Mehrheit Ja zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs stimmen. Personen mit hohen Bildungsabschlüssen neigen etwas stärker dazu, der Behördenposition zu vertrauen. Auch bei Personen mit Berufsschulabschluss baut sich das Ja zwar auf, aber auf deutlich tieferem Niveau. Bei Perso-

nen ohne Berufsschulabschluss hat sich das Nein verstärkt. Mit solch gegenläufigen Trends verstärkt sich der vorläufige Bildungsgraben. Es ist möglich, dass sich in diesen Gruppen das Nein wegen des allgemeinen Misstrauens in die Behörden verstärkt.

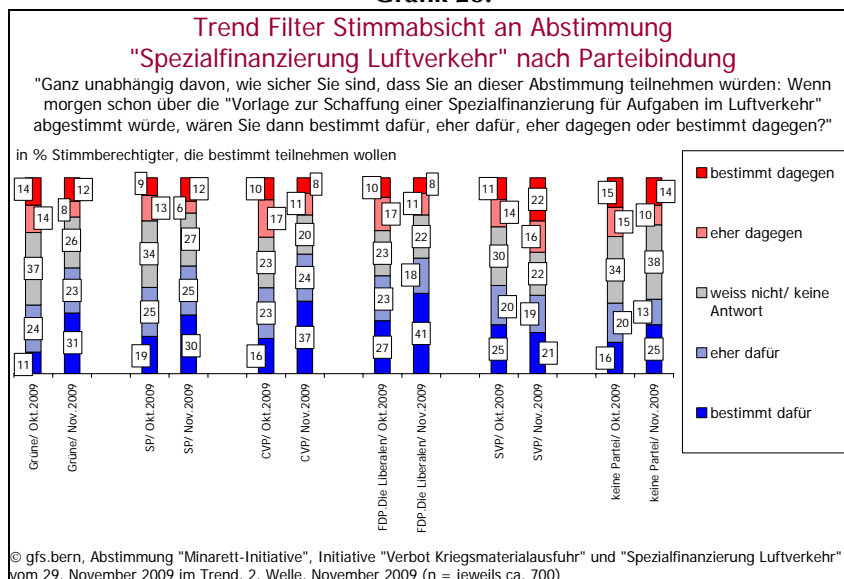
Grafik 27:



Das parteiliche Konfliktmuster zeichnet sich ebenfalls nun etwas stärker ab. Unter den Anhängerschaften der Grünen, der SP, der CVP ergeben sich zwischenzeitlich Ja-Mehrheiten und die FDP. Die Liberalen wollen noch deutlicher die Vorlage unterstützen. In keiner dieser vier der fünf grössten Parteien baut sich das Nein merklich auf. Ganz im Gegensatz zur SVP. Die neu mobilisierten SVP-Anhängerschaften oder auch die heute stärker informierten SVP-Anhängerschaften wollen zu praktisch gleichen Teilen Ja wie Nein stimmen. Setzt sich diese Entwicklung fort, ist eine Nein-Mehrheit unter der SVP-Anhängerschaft wahrscheinlich. Auch in dieser Gruppe könnte ein allgemeines Misstrauensvotum gegenüber den Behörden eher die Veränderung bewirkt haben als die Informationen, die sich konkret auf die Vorlage beziehen. Bereits heute ist der parteiliche Unterschied signifikant.

Eine Entwicklung wie bei der SVP könnte die Mehrheitsfähigkeit der Behördenvorlage aber nur massiv gefährden, wenn auch Parteiungebundene dem Vorschlag von Parlament und Regierung in ihrer Mehrheit nicht zustimmen könnten. Auch diese Gruppe neigt eher zu Misstrauen als die übrigen Parteianhängerschaften. Ein solcher Trend hat sich aber nicht abgezeichnet. Weiterhin bleibt die Unschlüssigkeit in dieser Gruppe sehr hoch, aber ein Nein baut sich unter Parteiungebundenen trotzdem nicht auf.

Grafik 28:



Aussagen über spezifische Argumente für oder gegen die Vorlage können keine gemacht werden. Die Vorlage wurde in der Öffentlichkeit kaum diskutiert, was die Identifikation von allgemein verständlichen Botschaften verunmöglichte.

Eine abschliessende Beurteilung des Konfliktmusters ist aufgrund der Ausgangslage ohne empirische Untermauerung mit zugehörigen Argumenten nicht möglich. Das erschwert es leicht, die offene Situation bei den Stimmabsichten namentlich bei den Parteungebundenen genauer zu bestimmen.

4. Die Synthese

Welche Zwischenbilanz kann man aufgrund der zweiten Befragung gut zwei Wochen vor der Volksabstimmung ziehen?

Es gilt, zwischen den beiden Oppositionsvorlagen in Form von Volksinitiativen zum Verbot von Kriegsmaterialausfuhr respektive dem Bauverbot von Minaretten einerseits und der Behördenvorlage zum Luftverkehr andererseits zu unterscheiden.

Vom Stand der Meinungsbildung her ist die Ablehnung beider Initiative das wahrscheinlichste Szenario:

- Bei dem Exportverbot von Kriegsmaterial wird dies auch durch die Trend- und Argumentenanalyse (weitgehend) bestätigt, so dass mit einem Nein gerechnet werden kann.
- Bei der Minarett-Initiative sind die Signale anders, was die Sicherheit der Vorhersage eindeutig verringert. Das gilt zunächst, weil die Zustimmungsbereitschaft während der Kampagne gestiegen ist. Es trifft aber auch zu, weil der Argumentetest letztlich keine eindeutige Favorisierung der Botschaften einer Seite zeigt. Klar sind die Polaritäten, die zwischen Minarett-Verbot und Menschenrechtsverletzung unterscheiden. Dazwischen liegt aber ein unsicheres Feld der Argumentenbewertung, das keine eindeutige Richtung kennt.

Bei der dritten Vorlage – der Finanzierung des Luftverkehrs – verweisen sowohl Stand wie auch Trend in der Meinungsbildung in Richtung Annahme der Vorlage.

Insgesamt ist die Aufmerksamkeit für die Vorlagen während des Abstimmungskampfes gestiegen. Die Beteiligungsabsichten sind zwischenzeitlich überdurchschnittlich.

Die Eckwerte für diese Interpretationen zu allen drei Vorlagen finden sich nachfolgend.

Tabelle 3:
Übersicht über die zentralen Indikatoren der Studie

Indikatoren	Minarett	Kriegsmaterial	Luftverkehr
Teilnahmeabsichten	50 Prozent der Stimmberechtigten (+ 6%)	50 Prozent der Stimmberechtigten (+ 6%)	50 Prozent der Stimmberechtigten (+ 6%)
ohne Stimmabsichten	10 Prozent der Teilnahmewilligen (- 3%)	11 Prozent der Teilnahmewilligen (- 4%)	28 Prozent der Teilnahmewilligen (- 4%)
mit tendenziellen Stimmabsichten	16 Prozent der Teilnahmewilligen (- 9%)	22 Prozent der Teilnahmewilligen (- 6%)	29 Prozent der Teilnahmewilligen (- 7%)
mit festen Stimmabsichten	74 Prozent der Teilnahmewilligen (+ 12%)	67 Prozent der Teilnahmewilligen (+ 10%)	43 Prozent der Teilnahmewilligen (+ 11%)
Grad der Prädisponierung	Labil bis stabil vorhanden	Labil vorhanden	Kaum vorhanden
bestimmt und eher dafür	37 Prozent der Teilnahmewilligen (+ 3%)	39 Prozent der Teilnahmewilligen (- 2%)	49 Prozent der Teilnahmewilligen (+ 7%)
bestimmt und eher dagegen	53 Prozent der Teilnahmewilligen (unverändert)	50 Prozent der Teilnahmewilligen (+ 6%)	23 Prozent der Teilnahmewilligen (- 3%)
Richtung der Prädisponierung	Mehrheit dagegen, Trend leicht positiv	knappe Mehrheit dagegen, Trend negativ	relative Mehrheit dafür, Trend positiv
Konfliktmuster	Signifikant: Parteibindung Siedlungsart Sprachregion Konfession Haushaltseinkommen Schulbildung Nicht signifikant: Alter Geschlecht Typologisch: zwischen Moderne/Tradition und links/rechts	Signifikant: Parteibindungen Siedlungsart Sprachregionen Alter Geschlecht Nicht signifikant: Haushaltseinkommen Schulbildung Typologisch: Links/Rechts	Signifikant: Parteibindung Sprachregion Schulbildung Geschlecht Nicht-signifikant: Siedlungsart Alter Haushaltseinkommen Typologisch: kaum ausgeprägt
mehrheitsfähige Argumente	Pro: (Machtanspruch) (Zeichen setzen gegen Islam) Kontra: (Gefährdet Beziehungen)	Pro: Nicht am Krieg bereichern (Widerspricht humanitärer Tradition) (Staatliche Unterstützungsleistungen) Kontra: Arbeitsplatzverluste Heutige Regeln genügen Arbeitsplatzverlust (Unabhängigkeit durch Waffenproduktion)	nicht prüfbar
wirksame Argumente	Pro: Minarette verbieten Kontra: Verstoss Menschenrechte	Pro: Widerspruch humanitäre Tradition Kontra: Heutige Regeln genügen	nicht prüfbar
Abstimmungsausgang	Ablehnung wahrscheinlich, Trend macht Prognose aber unsicher	Ablehnung eher wahrscheinlich	Zustimmung wahrscheinlich

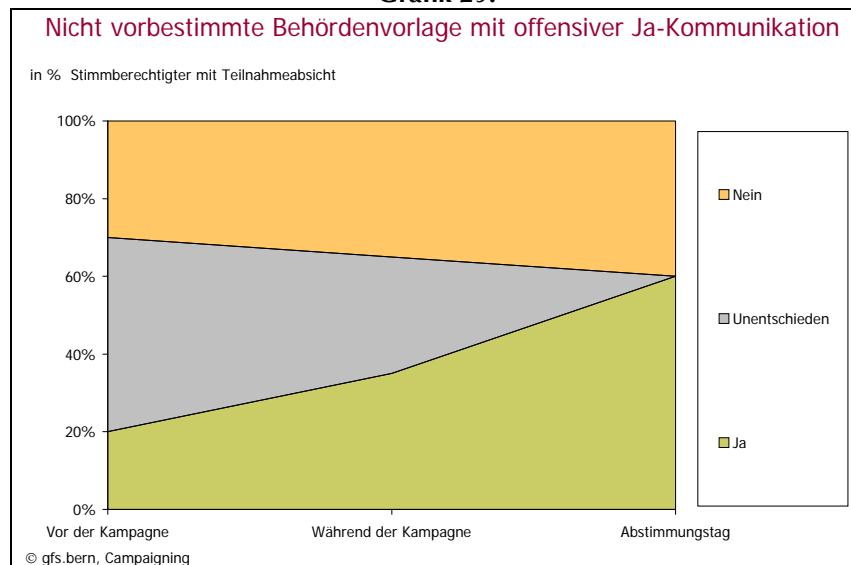
Bemerkung: Angaben in Klammern verweisen darauf, dass die Zuordnung aufgrund der Ergebnisse nicht eindeutig ist.

Die vor den Kampagnen formulierten Hypothesen zum Stand und Verlauf der Meinungsbildung respektive zum Abstimmungsausgang können damit wie folgt präzisiert werden:

1. Bei der Finanzierung des Luftverkehrs bestätigt sich die Annahme, dass es sich um ein Thema handelt, das aus dem Alltagserleben der BürgerInnen nicht beantwortet werden kann. Der Konflikt in der meinungsbildenden Elite ist aber ausgesprochen gering. Die Medienaufmerksamkeit ist tief und nur die oppositionellen Grünen haben sich gegen die Vorlage gestellt. Entsprechend verläuft die Meinungsbildung in

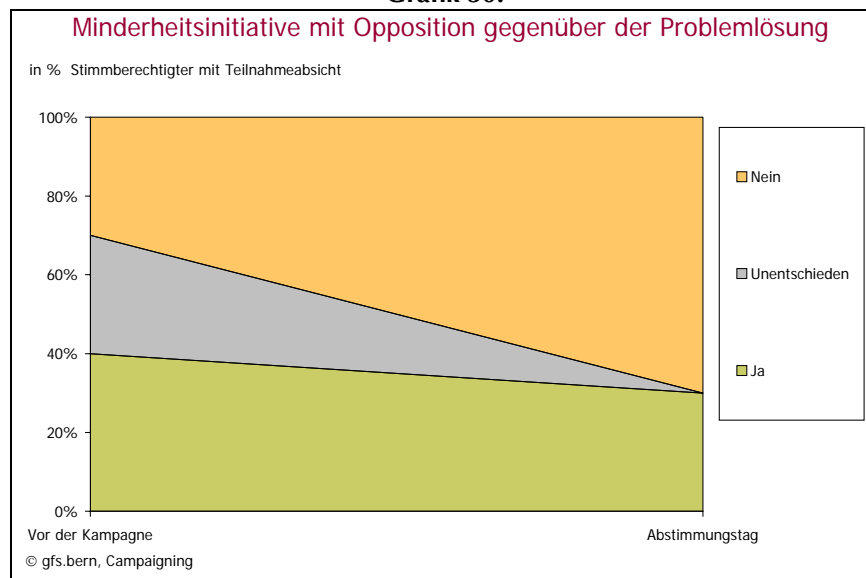
der Bürgerschaft in Richtung Ja, selbst wenn an sich noch viel Unsicherheit vorhanden ist.

Grafik 29:



- Die Initiative zum Exportverbot von Kriegsmaterial knüpft an frühere linke Volksbegehren in gleicher Sache an. Das hat unter den Parteien zur bekannten Polarisierung zwischen rechts und links geführt. Es zeigt sich auch in der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger. Die Mitte und die Ungebundenen tendieren dabei mehrheitlich zum Nein. Über alles gesehen ist das der Trend in der Meinungsbildung, was dem postulierten Normalfall bei einer linken Initiative entspricht und für eine Ablehnung am Abstimmungstag spricht.

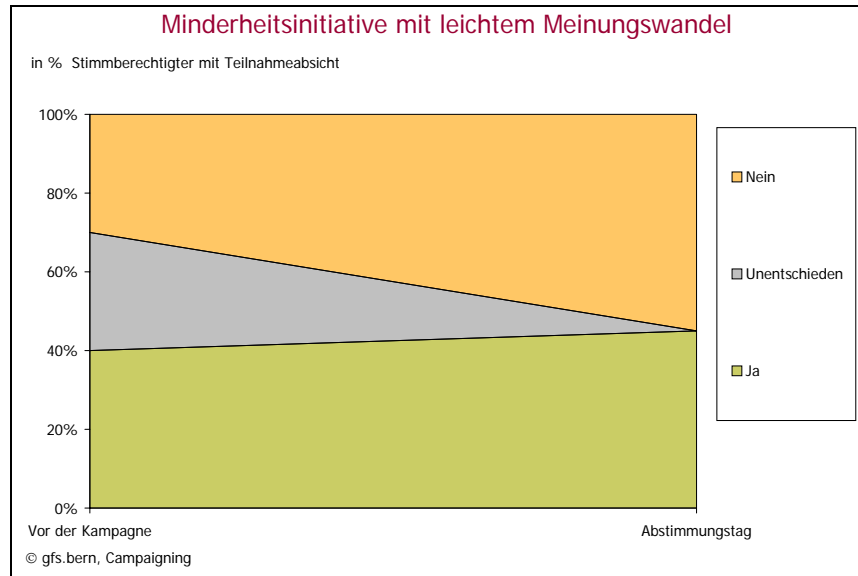
Grafik 30:



- Die Initiative für ein Minarett-Verbot ist von Bürgerinnen und Bürgern aus Gemeinden mit einem angestrebten oder realisierten Minarett lanciert worden. Anfänglich fand sie vor allem die Unterstützung religiös-konservativer Kreise. Das hat sich zwischenzeitlich etwas ausgeweitet, indem seitens der Bürgerinnen und Bürger eine Polarisierung zwischen Mitte-links und rechts hinzugekommen ist und auch

bei parteipolitisch nicht festgelegten Stimmberechtigten ein Trend Richtung Ja entstanden ist. Argumentativ hat sich keine Seite eine Vormachtstellung erarbeiten können. Anders als es der Normalfall erwarten lässt, tendiert der Trend in der Meinungsbildung bei dieser Vorlage zu einem Patt, wobei der Stand der Dinge zweiinhalb Wochen vor dem Abstimmungstag die Nein-Seite unverändert bevorteilt.

Grafik 31:



Daraus lassen sich die folgenden Thesen ableiten:

These 1:

Das Interesse der Stimmberechtigten an den Abstimmungen ist aufgrund des Abstimmungskampfes überdurchschnittlich.

These 2:

Die Meinungsbildung zur Minarett-Initiative ist am weitesten fortgeschritten, jene zum Luftverkehr am wenigsten.

These 3:

Die Zustimmung zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs am Abstimmungstag ist wahrscheinlich.

These 4:

Die Ablehnung des Exportverbots von Kriegsmaterial am Abstimmungstag ist wahrscheinlich. Das Konfliktmuster entspricht dem bekannten einer linken Initiative und argumentativ überwiegt das Gewicht der Nein-Botschaften.

These 5:

Der Ausgang der Minarett-Verbotsinitiative ist unsicher, weil die Befürwortung steigt, bis jetzt aber minderheitlich bleibt. Das Konfliktmuster entspricht dem einer religiös-konservativen Profilierung in der Polarität zwischen Moderne und Tradition, wobei es Ausstrahlung im rechten und parteiungebundenen Spektrum gibt. Argumentativ dominiert keine Botschaft, es sind nur die Pole klar besetzt.

Anhang

Das gfs.bern Team

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration, Technolo-
giepolitik, politische Kultur und politische
Kommunikation, Geschichte und Methoden der
Demoskopie.

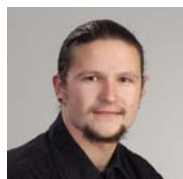
[Identität]



LUKAS GOLDER

Politikwissenschaftler, Mitglied der
Geschäftsleitung, Senior-Projektleiter.
Schwerpunkte: Integrierte Kommunikations-
und Kampagnenanalysen, Medienwirkungs-
analysen, Abstimmungen, Wahlen, E-Govern-
ment.

[Identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Datenanalytiker/Programmierer.
Schwerpunkte: Komplexe Datenanalytik,
EDV- und Befragungsprogrammierungen,
Hochrechnungen, Parteienbarometer,
Visualisierung.

[Identität]



JONAS KOCHER

Projektassistent.
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.